

VON DÜRRE UND ACKERBLUMEN

Text: VERONIKA WEHNER | Foto: MICHAEL FRANK

Eine der essentiellen Stellschrauben bei Umwelt- und Klimaschutz ist die Nutzung von Flächen, unter anderem in der Landwirtschaft. Artenvielfalt, Bodenschutz und Feuchtgebiete sind da nur einige Stichpunkte. In und um Greifswald gibt es Bestrebungen, die landwirtschaftlichen Nutzflächen nachhaltiger zu bewirtschaften.

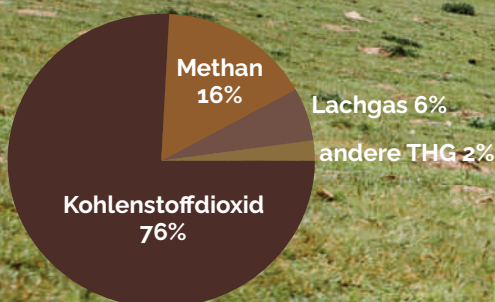
Die Landschaft Vorpommerns ist stark durch die Landwirtschaft geprägt. Verlässt man die Ortschaften kommt man durch Felder, Wiesen und Weiden, die bis zur Ostsee reichen. Einige dieser Flächen sind in öffentlicher Hand. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, die Universität Greifswald, die *Peter-Warschow-Sammelstiftung* und die Domgemeinde St. Nikolai sind im Besitz von insgesamt etwa 10.000 Hektar, die für landwirtschaftliche Zwecke verpachtet werden. Auf Initiative der *Michael Succow Stiftung*, wurde im Jahr 2013 ein loser Zusammenschluss dieser größten Verpächter*innen und den Pächter*innen der Ländereien unter dem Namen *Greifswalder Agrarinitiative* (GAI) ge-

schlossen, der ab 2015 in einem geförderten Projekt von der *Michael Succow Stiftung* koordiniert wurde. Das Ziel der GAI war es, die Möglichkeiten für eine nachhaltigere Nutzung der genannten Flächen zu überprüfen. Höhere Vielfalt in der, durch den Menschen angelegten Kulturlandschaft und eine deutliche Reduzierung negativer Auswirkungen von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sollten in Angriff genommen werden. Darüber hinaus gab es die Hoffnung, mehr Lebensraum für Wildpflanzen und -tiere zu schaffen. Eigentümer*innen sollten, so die Idee der *Succow Stiftung*, Verantwortung übernehmen und beispielhaft »positive Veränderungen anschieben«.

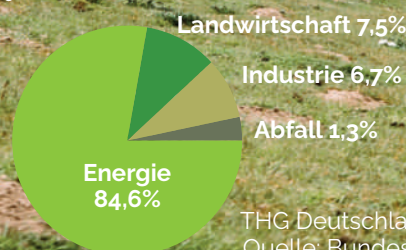
LANDWIRTSCHAFT IM KLIMAWANDEL

Die Landwirtschaft ist eine, in der öffentlichen Debatte seltener debattierte, wichtige Quelle von Treibhausgasen. Insbesondere Methan- und Lachgasemissionen, die um ein Vielfaches klimaschädlicher sind als Kohlenstoffdioxid, entstehen in der Landwirtschaft. Die Gase entstehen dabei sowohl aus Viehbetrieben durch Mist und Gülle, aber auch im Ackerbau zum Beispiel durch Düngemittel und Ernterückstände im Boden. Dazu kommen Nebeneffekte durch die Art der Bewirtschaftung, wie Artenverarmung und Bodendegradierung. Auf der anderen Seite sind es oft die landwirtschaftlichen Betriebe, die die Auswirkungen von extremen Wetterereignissen in ihren ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten als erste zu spüren bekommen.

Zusammensetzung der Treibhausgase (THG)



Anteil THG weltweit 2015
Quelle: EPA 2017



THG Deutschland/Sektor 2015
Quelle: Bundesumweltamt 2019

Im Jahresbericht der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg Vorpommern von 2018 wird deutlich, dass die Betriebe in der Region keine Ausnahme sind. Die vergangenen drei Jahre waren, besonders für Ackerbaubetriebe, von Dürren und Ernteausfällen geprägt. Das hatte nicht nur auf die gesamte Menge des Ertrags einen Einfluss, sondern auch auf die Fähigkeit der betroffenen Betriebe Löhne auszuzahlen und dementsprechend Eigenkapital für die kommenden Jahre zu haben. Ob es sich hier um konventionelle oder biologische Betriebe handelt, hat auf die Auswirkungen der Dürre und starken Regenfälle im Herbst und Frühjahr 2017 keinen Einfluss. Regionale Milchviehbetriebe, die mit der Eigenproduktion für Futtermittel vor denselben Problemen standen wie die Ackerbaubetriebe, konnten ihre Einkommen durch die Tierproduktion ausbalancieren. Die Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei spricht von Notzuständen im Bundesland, insbesondere in den Küstenregionen und der Uckermark.

DIALOG ALS WEG

Die GAI war grundsätzlich als ein Dialog angelegt, bei dem sich die beteiligten Parteien auf regelmäßigen Veranstaltungen ausgetauscht haben. Konfrontationen zwischen Verpächter*innen und den Nutzer*innen der Flächen sollten in diesem Projekt nicht entstehen. Die Expertise aller Beteiligten sollte gleichermaßen wertgeschätzt werden. Die Landeigentümer*innen, Nutzer*innen und Pächter*innen haben sich in den vergangenen Jahren regelmäßig in Dialogforen getroffen und zunächst über grundlegende Fragen zu Landkultivierung und –nutzung, wie den Sinn von Artenvielfalt und Ackerwildkräutern, diskutiert. Im nächsten Schritt wurden die Landwirt*innen dazu ermuntert, zum Beispiel auf Brachflächen mit dem Anpflanzen von Wildblumen zu experimentieren.

Dazu gab es auch Feldbegegnungen, bei denen sich die Beteiligten vor Ort ansehen konnten, welche Maßnahmen tatsächlich durchzuführen sind und wie Ergebnisse aussehen. Neben Treffen in Lenkungsgruppen gab es auch öffentliche Foren, wie den Imkertag oder verschiedene Vorträge.

Ulrike Berger von der Domgemeinde St. Nikolai berichtet, dass der Dialog mit den Pächter*innen zunächst eher zäh angefallen sei, später aber zu einer guten Gesprächskultur geführt habe. Trotzdem hätte sie sich weniger Festhalten an Bestehendem aus der Landwirtschaft gewünscht. Im Frühjahr 2019 lief die Förderung der *Deutschen Bundesstiftung für Umwelt* (DBU) und auch das Projekt GAI endgültig aus. Die DBU, die Stadt und die Universität bescheinigen der GAI gegenüber der Lokalpresse durchaus einen Erfolg. Der Dialog, sei eingetreten und die Beziehung zwischen Landeigentümer*innen und Pächter*innen seien enger geworden. Die Stadt schreibt der GAI auch den Erfolg zu, dass die Bedeutung dieser Flächen für Umwelt und Region auch im Bewusstsein der Bürgerschaft gewachsen ist. Der Weg, der mit der Initiative begonnen wurde, soll in einem noch in der Gründung befindlichen Verein fortgesetzt werden. Dessen Satzung, die bis zum Redaktionsschluss in der Arbeit ist, stieß nicht bei allen Beteiligten auf Zustimmung. Die Domgemeinde empfindet die bisherige Fassung als undemokratisch. Pächter*innen bekämen so erst pro angefangenen 500 Hektar eine Stimme. Dieses Verhältniswahlrecht würde kleine Betriebe benachteiligen. Des weiteren würden Umwelt und Naturschutzverbände aus dem Verein ausgeschlossen werden. Berger sieht in den Verbänden und der Wissenschaft wichtige Mitspieler für eine nachhaltigere Nutzung. Deswegen will die Gemeinde dem Verein in dieser Fassung nicht beitreten.

Die *Succow Stiftung* steht dem Verein ebenfalls kritisch gegenüber und fand den fraglichen Satzungsentwurf »unzureichend und nicht zielführend, um wirklich anspruchsvolle Ziele zu erreichen«. Sie will sich aber bis zur finalen Fassung der Satzung Zeit geben, um eine endgültige Entscheidung zu treffen.

GEMEINSAME ZIELE

Einen schnelleren Weg, die Flächen der Universitäts- und Hansestadt nachhaltiger zu gestalten, will die Initiative *Unser Landschaft Wandel* (ULSW), ein Zusammenschluss mehrerer Naturschutzverbände geben. Sie will auf politischer Ebene Pachtkriterien für etwa 4.700 Hektar der Stadt durchsetzen und streben dabei zum Beispiel eine Bevorzugung von ökologischen Betrieben und solchen, die besonders viele Arbeitsplätze für die Region schaffen. Sie wollen, dass die Landeigentümer stärker in die Pflicht genommen werden, für einen nachhaltigen Umgang mit dem Land zu sorgen. Björn Paseman findet, dass es ein »Privileg« sei, dass Greifswald kommunale Flächen verpachten kann und deswegen ambitioniertere soziale und ökologische Pachtkriterien einführen kann. Auch die Stadt will zukünftige Pächter*innen mit nachhaltigen und umweltfreundlichen Konzepten bevorzugen, betont allerdings, dass sie auch die soziale Verantwortung der bisherigen Pächter*innen haben, deren Betriebsexistenz nicht durch Pachtkriterien aufs Spiel gesetzt werden solle. Die ULSW schlägt vor, Pächter*innen, die sich den Kriterien verpflichten, eine Abnahmegarantie für ihre Produkte durch städtische und kommunale Einrichtungen wie Kindertagesstätten zu geben. Alle Beteiligten an der GAI und auch die ULSW sehen Handlungsbedarf, vor der eigenen Tür, Agrarflächen nachhaltig zu nutzen und damit einen Schritt gegen Umweltschäden und Klimawandel zu tun. (m)

